

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1917

156 (7.7.1917)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Abgabe: Montag in d. Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postschalter monatl. 7-1 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernsprecher: 7-1 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 6spalt. Kolonialseite od. deren Raum 20 A. Plakatanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm., für groß. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Ein Satz aus der Stockholmer Denkschrift.

Von Dr. Paul Lensch, M. d. R.

Die Denkschrift der deutschen Delegierten für Stockholm hat in der deutschen Öffentlichkeit die Beachtung gefunden, die diesem klugen und wichtigen Schriftstück zukommt. Alle Parteien haben zu ihr Stellung genommen, die einen freundschaftlich, die anderen ablehnend, aber doch kritisch-sachlich. Nur die Kreise unserer Annerkennungspolitiker gefallen sich in einem wilden Herunterreißen und bemühen sich, das, was sie in ihrem abgeschmackten Ständerwelsch den „Scheidemann-Frieden“ nennen, als die größte Schädigung der deutschen Interessen hinzustellen.

In einem leidenschaftlichen Artikel, überschrieben: Vom status quo ante (vom Zustand vor dem Kriege) wirft sich die „Deutsche Tageszeitung“ gegen einen Frieden ins Zeug, der ungefähr wenigstens den früheren Zustand wiederherstellt. Daß die völlige Wiederherstellung des früheren Zustandes ein Ding der Unmöglichkeit ist, das hat niemand beständiger und häufiger betont, als die deutsche Sozialdemokratie. Aber die Forderung: keine Annerkennung, die ja der Stockholmer Denkschrift zu Grunde liegt, ist es, die den Born des Blattes erregt. Es schreibt:

Der status quo ante bellum wäre dann hinsichtlich des Gebietes hergestellt und festgelegt, aber in keiner anderen Beziehung weder wirtschaftlich, noch geistlich, noch militärisch, noch politisch, noch politisch, abgesehen von der reinen Gebietsgrenzfrage. In jeder dieser Hinsichten stände dann das Deutsche Reich untrüglich weit unter dem status quo ante bellum und würde sich deshalb nicht leben können, wenigstens nicht als Reich. Antwortet man hierauf, das gehe auch den andern Ländern so, so sagen wir, daß das gleichgültig sei; denn uns kommt es allein darauf an, daß das Deutsche Reich leben kann. Dann aber betrachte man sich unter diesen Gesichtspunkten die beiden angelsächsischen Reiche. Diese versichern, sie seien ganz uneigennützig, denn sie begehrten kein Stück Land in Europa für sich. Gleichwohl würden sie ebenso hoch über dem status quo ante bellum stehen, wie das Deutsche Reich unter ihm. Sie würden aufnehmen die Welt beherrschen, und es könnte dem Deutschen Reich höchst gleichgültig sein, wie das Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien sich verhalte.

Wäre dem so, wie die „Deutsche Tageszeitung“ hier mit unaufrichtiger Absicht die Dinge schildert, so wäre allerdings die Forderung: keine Annerkennung! nicht aufrechtzuerhalten; denn es würde im Widerspruch stehen zu den eigentlichen, deutlich und wiederholt ausgesprochenen Kriegszielen der deutschen Sozialdemokratie: Freiheit der Meere, politische Unabhängigkeit, wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit. Mit der bisherigen Welt Herrschaft Englands, und seiner Gesamtanleihe, über deren Ausdehnung und Art den meisten Menschen erst im Weltkriege die richtige Erkenntnis aufgegangen ist, soll es und muß es nach dem Willen auch der deutschen Sozialdemokratie nach diesem Kriege unbedingt aufhören. Darüber darf gar kein Zweifel bestehen.

Eine ganz andere Frage aber ist es nun, ob die englische Welt Herrschaft wirklich auf Grund eines Friedens ohne Annerkennung und beim ungefähren status quo ante weiter bestehen oder gar sich ausdehnen könnte. Die „Tageszeitung“ läßt darüber noch im besonderen aus:

„Die angelsächsischen Mächte, die so uneigennützig „kein Stück Land“ für sich verlangen, würden die Welt beherrschen, nicht nur die Meere und den Ueberseehandel, nicht nur die Schifffahrt und die Börsen, sondern auch politisch Europa regieren in einem Grade, der den europäischen Festland einfluß Englands in den Jahrzehnten nach Trafalgar weit hinter sich ließe. Ohne ein Stück Land für sich zu nehmen, würde Großbritannien dann Arabien und annähernd die ganze asiatische Türkei, außer dem Afrika, und mit der Union zusammen auch den fernsten Osten beherrschen und regieren, selbst dann, wenn das Türkische Reich nominal in der einen oder anderen Form bestehen bliebe. Umgekehrt hätte das Deutsche Reich bei und nach einem derartigen Kriegesabluß nicht die Kraft, auch nur im mindesten diese Entschädigungen und Schritte Großbritanniens in und nahe dem Orient oder irgendwo in der Welt zu beeinflussen. Daß ein „großes deutsches Kolonialreich“ nichts wäre als ein Scheinwert, ein Wort, wenn es aus einem Status-quo-ante-Frieden, Modell Scheidemann, hervorgehen sollte, ist wiederholt dargelegt worden.“

Dieser Phantasie gegenüber ist es gut, wieder in die Wirklichkeit zurückzukehren. Einen Frieden ohne Annerkennung würden die angelsächsischen Mächte natürlich nur ablehnen, wenn sie keine andere Möglichkeit mehr hätten. Ihr eigentliches Ziel ist die Zertrümmerung Deutschlands und die Vernichtung seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Kommt es also wirklich zu einem Frieden ohne Annerkennung, so müßten die angelsächsischen Reiche damit vor aller Welt eingestehen, daß sie im Bunde mit der ganzen Welt nicht in stande gewesen sind,

das Deutsche Reich und seine Verbündeten niederzuschlagen. Das wäre die fürchterliche Niederlage, die England je erlebt hätte, und deshalb ist es auch ganz unrichtig und zugleich unaufrichtig, die Forderung: keine Annerkennung als das Stichwort für einen großen englischen Sieg und für eine große deutsche Niederlage hinzustellen. Das Gegenteil ist richtig. Die Wiederherstellung des früheren Zustandes würde bedeuten, daß England die eroberten deutschen Kolonien in Afrika wieder herausgeben müßte, daß es auf die Einverleibung Ägyptens, Arabiens, Mesopotamiens verzichtet und auch die besetzten Inseln im Mittelmeer vor den Dardanellen wieder räumt. In der Denkschrift von Stockholm findet sich der kurze aber inhaltsreiche und wichtige Satz: Mit der Verwerfung aller gewalttätigen Annerkennung ist selbstverständlich auch die Rückgabe entrittener Kolonien gefordert. Mit diesem Satz haben sich die deutschen Vertreter der deutschen Sozialdemokratie ausdrücklich für den Rückfall der deutschen Kolonien ausgesprochen und damit für die Weiterführung der deutschen Kolonialpolitik. Das war bisher in dieser Annahme noch nicht geschehen, und wenn die Denkschrift diese Forderung auch nur ganz allgemein für alle Staaten aufstellt, so kommt in Wirklichkeit nur das deutsche Kolonialgebiet in Frage, und wenn auch weiter die Denkschrift ihre Forderung als „selbstverständlich“ hinstellt, so ist es in der Politik zuweilen außerordentlich wichtig, auch sogenannte „Selbstverständlichkeiten“ laut und deutlich zu erklären.

Da ist es nun sehr bezeichnend, daß die „Deutsche Tageszeitung“ plötzlich das Bedürfnis fühlt, „ein großes deutsches Kolonialreich“ als ein reines Nichts hinzustellen, als einen „Scheinwert“, ein „Wort“, das an der englischen oder angelsächsischen Welt Herrschaft nicht das geringste ändern würde.

Die ersten Amerikaner an der Westfront. — Fortsetzung der Schlacht in Ostgalizien.

Deutscher Tagesbericht.

W.B. Großes Hauptquartier, 6. Juli. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei Dunst und Regen herrschte tagsüber nur die gewöhnliche Stellungskampftätigkeit. Abends lebte bei besserer Sicht das Feuer vielfach auf. Nachts spielten sich mehrere Erkundungsgefechte ab. Hart nördlich der Aisne holten Strohtrupps eines württembergischen Regiments nach erlittenem Nahkampf eine größere Zahl von Franzosen aus ihren Gräben.

Westlicher Kriegsschauplatz

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Zwischen Bzow und Brzezany nahm gestern der Artilleriekampf große Stärke an, ließ nachts nach und hat sich seit Tagesgrauen wieder gesteigert.

Auch bei Juchyn, Brody und Smorgon war die Feuer-tätigkeit zeitweilig sehr lebhaft.

Front des Generalobersten Erzherzog Joseph

Erfolgreiche Verhüttungen rumänischer Infanterie zum Angriff gegen einige von uns gehaltene Höhen südlich des Tassintales wurden durch Vernichtungsfeuer zerstreut.

Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen

An der unteren Donau war der Feind unruhiger als in letzter Zeit.

Mazedonische Front

Keine größeren Kampfhandlungen.

Der 1. Generalquartiermeister: Ludendorff

Deutscher Abendbericht.

Berlin, 6. Juli, abends. (Amtlich.) Vom Westen nichts Besonderes.

In Ostgalizien ist die Schlacht heute neu entbrannt. Massenstürme der Russen sind zwischen Bzow, Konich und bei Brzezany unter schweren Verlusten für den Feind zusammengebrochen.

Amerikaner an der Westfront.

W.B. Paris, 6. Juli. (Nicht amtlich.) Laut „Temps“ geht heute ein amerikanisches Bataillon zur Front ab.

Der Luftangriff auf Harwich.

W.B. Berlin, 6. Juli. (Nicht amtlich.) Die deutschen Luftstreitkräfte haben den Quellen englischer Kraft einen

schwereren Schlag zugefügt. Der Angriff galt diesmal einem der Hauptstützpunkte und Schlupfwinkel der englischen großen Flotte. Am 4. Juli vormittags 8 Uhr erschienen deutsche Flugzeuggeschwader über Harwich und belegten Festung und Kriegshafen ausgiebig mit Brand- und Sprengbomben. Die Kampfflugzeuge erzielten in den Arienalen, Barackenlagern, Docks und Werften auf einem Flugplatz und auf mehreren Kriegsschiffen zahlreiche Volltreffer. Die klare Sicht gestattete eine deutliche Beobachtung der Einschläge. In den Docks entstand ein großer Brand, der während des Mittelzuges über See noch lange zu erkennen war. Der den Gegnern zugefügte militärische Schaden ist bedeutend. Der Nachrichtendienst des Feindes hatte diesmal besser gearbeitet. Schon vor der Thesenempfang empfang die Flugzeuge starkes Abwehrfeuer der vor der Ostküste liegenden britischen Seestreitkräfte. Der Gegner folgte mit Feuer während des ganzen weiteren Fluges. Besonders starke Gegenwirkung zeigte über Harwich ein. Ueber der Festung kam es mit den zur Abwehr gestarteten britischen Flugzeugen zu zahlreichen Luftkämpfen. Sie verliefen ergebnislos für den Gegner. Der Nachmarsch führte in gerader Straße 150 Kilometer über See. In der Gegend von Zeebrugge erwarteten neue feindliche Kampffluger vor der Station Dünkirchen die Bombengeschwader, aber auch die mit ihnen sich entpinnenden Einzelkampfer brachten dem Gegner keinen Erfolg. Die deutschen Flugzeuge sind vollständig in ihren Heimatbasen gelandet.

Man sieht, wie unberechtigt und sachlich unzutreffend es ist, den Ausbau des deutschen Kolonialbesitzes als eine wertlose Sache hinzustellen. In Wahrheit würde die sozialdemokratische Forderung nach Freiheit der Meere und der Deutschen Entwicklung erst durch ihn ermöglicht werden. Das eine bliebe ohne das andere eine luftleere Theorie. Deshalb haben wir allen Anlaß, den Satz der Stockholmer Denkschrift über die selbstverständliche Rückgabe entrittener Kolonien zu unterstreichen und sie jenen Politikern entgegenzuhalten, die der Sozialdemokratie immer wieder vorwerfen, sie trete für einen bloßen „Verzichtfrieden“ ein.

Die ersten Amerikaner an der Westfront. — Fortsetzung der Schlacht in Ostgalizien.

nenen schweren Schlag zugefügt. Der Angriff galt diesmal einem der Hauptstützpunkte und Schlupfwinkel der englischen großen Flotte. Am 4. Juli vormittags 8 Uhr erschienen deutsche Flugzeuggeschwader über Harwich und belegten Festung und Kriegshafen ausgiebig mit Brand- und Sprengbomben. Die Kampfflugzeuge erzielten in den Arienalen, Barackenlagern, Docks und Werften auf einem Flugplatz und auf mehreren Kriegsschiffen zahlreiche Volltreffer. Die klare Sicht gestattete eine deutliche Beobachtung der Einschläge. In den Docks entstand ein großer Brand, der während des Mittelzuges über See noch lange zu erkennen war. Der den Gegnern zugefügte militärische Schaden ist bedeutend. Der Nachrichtendienst des Feindes hatte diesmal besser gearbeitet. Schon vor der Thesenempfang empfang die Flugzeuge starkes Abwehrfeuer der vor der Ostküste liegenden britischen Seestreitkräfte. Der Gegner folgte mit Feuer während des ganzen weiteren Fluges. Besonders starke Gegenwirkung zeigte über Harwich ein. Ueber der Festung kam es mit den zur Abwehr gestarteten britischen Flugzeugen zu zahlreichen Luftkämpfen. Sie verliefen ergebnislos für den Gegner. Der Nachmarsch führte in gerader Straße 150 Kilometer über See. In der Gegend von Zeebrugge erwarteten neue feindliche Kampffluger vor der Station Dünkirchen die Bombengeschwader, aber auch die mit ihnen sich entpinnenden Einzelkampfer brachten dem Gegner keinen Erfolg. Die deutschen Flugzeuge sind vollständig in ihren Heimatbasen gelandet.

Vor wichtigen Ereignissen an der rumänischen Front.

Berlin, 6. Juli. Dien meldet aus Jassi, wie der „L.A.“ aus Malmö erfährt, daß sich der englische, französische, japanische, italienische und russische Vertreter bei der rumänischen Regierung an die rumänische Front begeben habe. Allem Anschein nach werden an der rumänischen Front für die nächste Zeit wichtige Ereignisse erwartet. Es sei Aussicht vorhanden, daß durch die russische Offensive an allen Fronten schwere Stürme entfaltet würden.

Die ungeheuren Verluste der Russen.

W.B. Stockholm, 6. Juli. Laut „Aftonbladet“ hießt der Arbeiter- und Soldatenrat in Lönne eine Nachricht, daß die Offensive in Galizien den Russen nicht weniger als neun Divisionen gekostet hat.

Bau einer amerikanischen Luftflotte.

W.B. Washington, 6. Juli. (Nicht amtlich.) Heute, Das Kriegsdepartement hat dem Militärkongress des Repräsentantenhauses die Bill zum Bau einer Luftflotte vorgelegt, die die sofortige Erbauung von 2265 Aeroplanen vorsieht, wofür 639 Millionen Dollars gefordert werden.

Die Unruhen in Amsterdam.

Haag, 6. Juli. Auch in der vergangenen Nacht kam es wieder zu Unruhen in Amsterdam. Diesmal waren daran streikende Munitionsarbeiter von Gemburg bei Amsterdam beteiligt, die eine Schlägerei mit Arbeitswilligen hatten. Die Polizei ging mit gezogenem Säbel vor und wurde mit einem Steinhaue empfangen. Dann wurde Militär herangezogen, das von der Waffe Gebrauch machte, wobei ein Mann getötet und zehn Personen verwundet wurden. Gegen 1/11 Uhr hatten die Polizei und das Militär die Straßen freigemacht. In der Volksgegend hatten wiederum halbwüchsige Jungen verübt, Unruhen anzustellen, wurden jedoch bald von der Polizei zerstreut. Insgesamt haben die vierstägigen Unruhen 7 Tote und 14 Schwerverwundete gefordert.

Die amerikanischen Ausbeuter in Rußland.

New York, 4. Juli. (Reuter.) Aus Petersburg wird telegraphiert, daß eine vom Handelsministerium aufgestellte Kommission empfohlen hat, einen großen Teil der russischen und sibirischen Bergwerke und Mineralager dem amerikanischen Kapital zur Ausbeutung zu überlassen. Die Insel Sachalin soll einer amerikanischen Finanzgruppe zur Ausbeutung der Petroleumfelder und Steinkohlenlager überlassen werden. Die Bedingung ist, daß Amerika sich verpflichtet, möglichst viele russische Arbeiter und russische Ingenieure einzustellen.

Der Staatsstreich in China.

Amsterdam, 6. Juli. „Morningpost“ meldet aus Tientsin vom 5. Juli, daß die Mandschuregierung wahrscheinlich bald wieder beseitigt wird. Man erwartet, daß Quantschjui gegen Mitternacht 20 000 Mann zwischen Peking und Tientsin zusammengezogen haben wird. Längs der Hanfau-Bahn rückten starke Streifkräfte von Süden her. Im ganzen marschieren 50 000 Mann aus verschiedenen Richtungen auf Peking los, wo Tchang Hsun nur über 2000 Mann verfügt. Quantschjui hat ein Ultimatum an die Truppen von Tchang Hsun gerichtet, in dem er ihnen milde Behandlung zusagt, wenn sie die Waffen niederlegen. Gerichtsweise verläutet, daß der Rest der Truppen des Generals Tchang Hsun in Saatschui ihn bereits an Stiche gelassen hat. 15 Provinzen stehen bereits auf der Seite des neuen Ministerpräsidenten, der das Amt eines Oberbefehlshabers der Strafexpedition angetreten hat. — Miss Peking meldet, daß Reuterische Büro vom 5. Juli, daß der Kampf bei Langfang, das an der Peking-Tientsin-Strecke in der Mitte zwischen beiden Städten liegt, begonnen hat.

Shanghai, 6. Juli. Die Eisenbahnlinie Peking-Tientsin wurde heute früh bei Langfang von den Truppen Tchang Huns aufgesperrt. Die Verbindung wurde aber unter Mitwirkung ausländischer Offiziere wieder hergestellt. Quantschjui steht jetzt in Matschang an der Eisenbahnlinie Tientsin-Pufau 40 Meilen südlich von Tientsin. Er befehligt die achte Division und trifft Vorbereitungen zum Vormarsch auf Peking. Die der Republik günstigen Provinzen sind, wie berichtet wird, ermutigt. Tchang Hsun ist so gut wie isoliert. Selbst seine früheren Verbündeten sind jetzt gegen ihn.

WTB. London, 6. Juli. Die telegraphische Nachricht von der Errichtung der vorläufigen Regierung in Peking ist eingetroffen.

WTB. Amsterdam, 6. Juli. (Nicht amtlich.) Der „Daily Mail“ wird gemeldet: Tchang Hsun, der jetzt einsehe, daß die Wiedereinsetzung der Mandschudynastie ein verhängnisvoller Irrtum war, drohe Peking zu verweisen, den Kaiserpalast in Brand zu stecken und den Kaiser nach der Mongolei zu verschleppen.

Zur Konferenz in Stockholm.

WTB. Stockholm, 6. Juli. (Nicht amtlich.) Der skandinavisch-skandinavische Ausschuss erhielt von der italienischen sozialistischen Partei die Mitteilung, daß die Partei schon am 24. Mai ihren Anschluß an die Stockholmer Konferenz und auch die Annahme ihrer Vertreter telegraphisch mitteilte. Der Ausschuss erklärt, die Depesche nicht bekommen zu haben. Sie ist also von der italienischen Benjur angehalten worden. Der Ausschuss erhebt ferner eine Mitteilung der Irish Trade Union Kongress und Labour Party mit dem Ersuchen, daß deren Vertreter in Stockholm gehört werden möchten. Das Ersuchen ist vom Ausschuss dem Labour Party in London zugewandt worden mit der Bitte, Maßnahmen zur Beschaffung von Räumen für die Mitglieder der Abordnung ergreifen zu lassen.

Die politische Bedeutung der russischen Julioffensive.

Die Auslands-Pravda, das Stockholmer Organ der Leninisten, erklärt die russische Offensive politisch folgendermaßen: England und Frankreich denken nicht an eine Verständigung mit Deutschland; die provisorische Regierung will um keinen Preis den Sonderfrieden; infolgedessen ist sie gezwungen, den Krieg so lange in die Länge ziehen zu lassen, wie England und Frankreich wünschen. Die russische Revolution schaltet sich als Friedensfaktor aus, in soweit man von bewußtem Handeln, nicht von spontanen Wirkungen der Revolution spricht, sagt die Pravda wörtlich, aber die Ereignisse würden stärker sein als alle Absichten. Zu welchen Schritten der Verzweiflung die Bolschewiken Rußlands getrieben werden, daran wolle die provisorische Regierung am liebsten gar nicht denken; aber diese Ereignisse könnten den Arbeiter-Mat sehr bald zwingen, gegen seinen Willen von Neuem zur revolutionären Gewalt greifen. Ebenso interessant ist das Urteil des koppenhagener „Sozialdemokraten“. Das Blatt bezweifelt sehr ernsthaft die Auffassung des deutschen und österreichisch-ungarischen Generalstabs, daß die neue russische Offensive auf Befehl der Oberbefehlshaber unternommen wurde. Es schreibt: „Man muß

jezt daran zweifeln, daß die Alliierten unter den jetzt in Rußland herrschenden Verhältnissen auch nur die Zustimmung zu einem solchen Wagnis, wie es jetzt eine russische Offensive ist, gegeben haben. Sollte die Offensive gelingen, so könnte sie freilich die Stimmung in Rußland zu fortgesetzten Anstrengungen animieren, aber im Falle des Mißglückens oder nur geringer Erfolge würde sie aller Wahrscheinlichkeit nach in der Bevölkerung die stärkste Friedensstimmung auslösen und vielleicht bei den Soldaten einen bestimmten Widerwillen gegen erneute Anstrengungen hervorrufen. Und die Offensive kann und wird nicht gelingen, wenn nicht die russischen Soldaten mit allem Verlehen sind, was zu wochenlangen Operationen an Material und Munition erforderlich ist. Wie sich die Verhältnisse in Rußland im letzten Halbjahre entwickelt haben, ist es schwer anzunehmen, daß das russische Heer wirklich so wohl gerüstet und gut versorgt dastehen kann, wie es erforderlich wäre.“

Rußland zur Offensive veranlaßt zu haben, hat sich die Entente-Presse der Westmächte selbst gerühmt. Aber das Urteil des „Sozialdemokraten“ über die Erfolgsaussichten und die wahrscheinlichen Nachwirkungen dieses Angriffsverluchs erscheint auch uns sehr beachtenswert.

Ausland.

Friedrich Adler doch nicht amnestiert.

Die Wiener „Arbeiterzeitung“ schreibt: „Weil bei vielen unserer Leser bei einer Amnestie eine bestimmte Frage zuerst aufzuheben wird, müssen wir hervorheben, daß ein Mann, dessen Tat zwar unter die genannten Paragraphen nicht fällt, dessen Verurteilung aber wahrscheinlich unendlich sittlicher waren als bei allen nun Amnestierten, unter den Amnestierten nicht fällt.“

Zum Fall Hoffmann-Grimm.

Die „Basler Nachrichten“ melden aus Bern: Der Alt-Bundesrat Hoffmann wurde vom Chef des politischen Departements Bundesrat Ador in Sachen des belannten Depeschenwechsels mit der schweizerischen Gesandtschaft in Petersburg resp. mit Herrn Grimm vernommen.

Achtstundentag und Munitionsindustrie in den Vereinigten Staaten.

Wie der „Brooklyn Daily Eagle“ meldet, fordern die Unternehmer der Kriegsindustrie von der amerikanischen Regierung die Aufhebung des Gesetzes, daß bei der Ausführung von Staatsaufträgen die achtstündige Arbeitszeit inne gehalten werden muß. Sie berufen sich darauf, daß 88 Proz. der Fabriken in den Vereinigten Staaten länger als acht Stunden arbeiten, jetzt aber bei der Ausdehnung der Staatsaufträge gezwungen sein würden, plötzlich zum Achtstundentag überzugehen und daß dadurch die Produktion erheblich geschädigt werden würde. Der „Buck“ dieser Gründe hat sich selbst Compens nicht verschlossen. Er hat für den amerikanischen Gewerkschaftsbund die Erklärung abgegeben, daß er bereit sei, auf die Achtstundentags-Klausel zu verzichten, wenn der Präsident in jedem einzelnen Falle das Unternehmen ermächtigt, auch bei der Ausführung von Regierungsarbeit länger als acht Stunden zu arbeiten. Dem Vorschlag soll ein Gesetzesentwurf vorgelegt werden, der den Präsidenten ermächtigt, in den Fällen, in denen es seiner Meinung nach notwendig ist, die Umkehrung des Achtstundentags-Gesetzes zuzulassen.

Deutsches Reich.

Der Hauptausschuß des Reichstags.

Jeft gestern die Erörterungen über außen- und innenpolitische Fragen fort. Zunächst erörterte eine sozialdemokratische Abgeordneter schlaglohringliche Angelegenheiten und verlangte, daß die Schiffahrt in höherem Maße als bisher für die Kohlenzufuhren dorthin nutzbar gemacht werde.

Der Staatssekretär des Innern gab Auskunft über die Verhandlungen betr. die Regulierung des Oberrheins. Er versicherte dann, daß eine Verschleuderung französischer Besitztümer in Elsaß-Lothringen durch entsprechende Maßnahmen verhindert werde.

Ein Mahnruf aus Ungarn.

Der alte Wahlrechtsfeind Graf Julius Andrássy schiederte dieser Tage im ungarischen Abgeordnetenhause seine Belehrung zum jüdischen Wahlrecht. Er sagte: „Die Leute, die von der Front zurückkehren, sind nicht mehr dieselben wie vorher. Ihr Selbstbewußtsein ist gewachsen. Sie fühlen, daß es ihnen zu verdanken ist, daß die Nation weiter lebt. Es ist eine moralische Unmöglichkeit, diese Millionen vom gebildenden Einfluß auf das Schicksal des Landes auszuschließen.“

Ein Selbstverwundung! Nur muß Herr von Bethmann sie sofort begreifen.

Herabsetzung der Fleischrationen in Bayern.

In Bayern wird, um die Milchversorgung zu sichern, vom 9. Juli ab die Fleischration von 500 auf 375 Gramm pro Kopf und Woche herabgesetzt. Die Schwerarbeiter erhalten die gleiche Fleischration wie bisher.

Die deutschen Spartakisten.

Wie das Amtsblatt des deutschen Spartakistenverbandes, die „Spartakasse“ berichtet, hält der starke Zustrom neuer Einlagen an. Der Monat Mai hat einen Zuwachs von 300 Millionen Mark gebracht gegen 250 und 235 Millionen Mark in den entsprechenden Monaten der beiden Vorjahre. Bis jetzt sind den Spartakisten seit Jahresbeginn 1660 Millionen Mark zugeflossen gegen 1465 bzw. 1315 Millionen Mark in der entsprechenden Zeit der beiden Vorjahre.

Besuch türkischer Pressevertreter.

WTB. Berlin, 6. Juli. (Nicht amtlich.) Auf Grund einer Einladung, die von den Organisationen der deutschen Zeitungsverleger und Journalisten an den neugegründeten Verein osmanischer Presse in Konstantinopel ergangen war, werden eine Anzahl hervorragender türkischer Pressevertreter in der nächsten Woche als Gäste der deutschen Presse in Berlin erscheinen. Wie wir hören, werden die türkischen Herren auch Leipzig, München, Frankfurt und Köln besuchen. Die Ankunft in Berlin wird am 12. Juli erfolgen, die Rückreise am 25. Juli angetreten werden.

Neuordnungsdebatte im Reichstag.

Ein kleiner Schritt vorwärts.

WTB. Berlin, 6. Juli. Am Bundesratstag: Staatssekretär Dr. Helfferich.

Präsident Dr. Hüfner eröffnet die Sitzung um 3 25 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen zunächst kurze Anfragen.

Abg. Dittmann (Unabh. Soz.) fragt wegen des Verbots gegen Artikel der „Leipziger Volkszeitung“.

Ministerialdirektor Dr. Lewald: Eine Parteimaße ist in diesem Verbot nicht zu erblicken. (Lachen bei den Unabh. Soz.) Die Artikel sind in der „Leipziger Volkszeitung“ erschienen; aber als Flugblatt durften sie im Interesse der öffentlichen Ruhe und Sicherheit (Lachen), für welche die militärischen Stellen besonders wichtig sind, nicht erscheinen.

Abg. Rudloff (Zentr.) wünscht Auskunft über die Maßnahmen gegen die Kohlennot.

Unterstaatssekretär Dr. Richter: Vorkehrungsmaßregeln sind im Gange durch Vermehrung der Arbeitskräfte und Regelung der Verteilung.

Abg. Dove (F. Vp.) fragt nach der Regelung des Verbrauchs elektrischer Kraft.

Unterstaatssekretär Dr. Richter: Die Angelegenheit, deren Bedeutung der Reichstagsratler nicht verkennt, unterliegt zurzeit der Prüfung.

Abg. List (Natl.) fordert Maßnahmen zur Eingiehung von lauterer Kriegsgewinne (anlässlich des Prozesses des Reichskriegsminister Dr. Delbrück: Es schweben neue Erfindungen, von deren Ergebnis die Maßnahmen abhängen werden.)

Abg. Gähre (Soz.) fragt nach Maßnahmen gegen die planmäßige Erhöhung der Wohnungsmieten.

Ministerialdirektor Dr. Lewald: Die Notlage der Hausbesitzer kann nicht beaufrecht werden. Eine gewisse Erhöhung der Mieten ist zur Vermeidung eines Zusammenbruchs der Hausbesitzer gerechtfertigt. Der Reichstagsratler wird dem Bundesrat als bald Vorschläge machen, um eine Erhöhung der Mieten über das notwendige Maß zu verhindern.

Es folgt der Bericht des Verfassungsausschusses über die Frage der Herabsetzung des Wahlrechts im Reich.

Abg. Müller-Meiningen (F. Vp.) bittet namens der Kommission um Annahme der Resolution, die alle, schon vor dem Krieg erhobene Forderungen enthält.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Die verbündeten Regierungen sind der Ansicht, daß hinsichtlich der Wahlrechtsentstellungen eine Neuordnung geboten ist. Eine Vorlage auf Verneuerung der Reichstagsmandate wird dem Reichstag zugehen und zwar rechtzeitig, daß die kommenden Wahlen auf dieser Grundlage vorgenommen werden können. Es soll hierdurch das ganze Volk zur freudigen Mitarbeit an Reich und Staat veranlaßt werden. Die Vorlage wird dem Geist der Osterbotschaft entsprechen und in diesem Geiste werden die verbündeten Regierungen mit dem hohen Hause diese Reform durchzuführen. (Beifall.)

Abg. Dr. Grabner (Soz.): Dieses Entgegenkommen ist nur eine kleine Abzählzahlung. Die weitergehenden Forderungen, namentlich hinsichtlich des Frauenwahlrechts, haben die bürgerlichen Parteien im Ausschuss leider abgelehnt. Die Frauen haben in der Kriegsfürsorgeorganisation sich ausgezeichnet bewährt, so daß sie wie in vielen anderen Ländern mit mehr lediglich Objekt der Gesetzgebung stehen sollten. Wäre das Ernährungsweisen einer Frau unterstellt worden, so wären die Dinge besser gelaufen. (Sehr richtig!) Frauen und Mütter an verantwortliche Stellen gesetzt, hätten auch diesen Krieg vermieden. Eine weitere Forderung ist die Herabsetzung des Wahlalters und Zulassung der Wahlen an den Sonntagen.

Abg. Kretsch (Natl.): Mit einer mäßigen Vermehrung der Wahlkreise und Beteiligung zu großer Wahlkreise sind wir einverstanden. Die Verhältnismahlen lehnen wir ab. Sie würden unzulässig eine Verschiebung zwischen Stadt und Land herbeiführen.

Abg. Beder-Arnberg (Zentr.): Wir stimmen der Entschließung im Hauptausschuß zu, lehnen aber den sozialdemokratischen Antrag auf Herabsetzung des Wahlalters und Einführung des Frauenwahlrechts ab. Sonntagswahlen beschließen wir nicht. Sie haben sich in Elsaß-Lothringen vielerorts nicht bewährt. Weder hat sich der Staatssekretär nicht darüber geäußert, ob die kommende Vorlage die auch für uns gewünschte Verhältnismahlen bringen wird.

Abg. List-Eglingen (Natl.): Staatssekretär Helfferich sollte sich auch zu den Verhältnismahlen bekennen. Zur Einführung des Frauenwahlrechts ist es heute noch nicht Zeit. Die Verhältnismahlen dürfen nicht zu groß sein. Das ganze Reich darf der Proporz nicht umfließen.

Abg. Walstein (F. Vp.): Die sozialdemokratische Kritik an der Arbeit des Verfassungsausschusses ist nicht angebracht, denn er ist nicht das Organ der Neuorientierung. Durch den Verfassungsausschuß holen wir nur die Vorarbeit der Neuorientierung ein. Wenn Preußen seine Reformarbeit nicht selber macht, so muß es der Reichstag tun. Möge die jetzige Reform der Vorläufer einer größeren sein.

Abg. Martin (D. Fr.): Preußen wird seine Arbeit selber leisten. Gut ab vor ungen jungen Soldaten! Ob sie aber die politische Reife zur Reichstagswahl haben, ist eine andere Frage. Abg. Stabitzgen (U. Soz.): Der Beschluß des Verfassungsausschusses ist die schlimmste Verschleuderung. Das Beweist die Zustimmung der Regierung. Die Ungerechtigkeit gegen die arbeitenden Frauen ist schreiend. Die Wahlkreise müssen durchgehenden neu eingeteilt werden. Die Verhältnismahlen sind allgemein eingeführt, nicht nur für die Städte.

Damit schließt die Aussprache. Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt. Der Hauptausschuß wird angenommen.

Es folgt die Erste Lesung eines Gesetzesentwurfs betr. nachträgliche Verlängerung der Legislaturperiode des Reichstags um ein weiteres Jahr. Die Vorlage wird in allen drei Lesungen gegen die Stimmen der Unabhängigen Sozialdemokraten angenommen, ebenso nach kurzer Erörterung die gleiche Vorlage für die Verlängerung der Legislaturperiode des Landtags für Elsaß-Lothringen. Eingegangen ist eine Interpellation der Sozialdemokraten betr. Ob- und Gemüße sowie Kohlennot und Preissteigerungen. Nächste Sitzung Montag 3 Uhr. Bericht des Hauptausschusses und äußere und innere Politik. Kreditvorlagen. — Schluß nach 1/2 1/2 Uhr.

Aus dem Verfassungsausschuß des Reichstags.

Berlin, 6. Juli. In den Beratungen des Verfassungsausschusses des Reichstags sind heute Entschlüsseungen der Kommissionen und der Deutschen Fraktion eingegangen. In der ersten wird die Durchföhrung der in der Osterbotschaft angekündigten Änderungen des Wahlrechts nach der 3. Lesung ausschließlich als die Aufgabe der Einzelstaaten bezeichnet. In der zweiten wird gefordert, daß die Ordnung des Wahlrechts in allen Bundesstaaten, insbesondere auch des Wahlrechts, freibleibend und auf der Grundlage vollen gegenseitigen Vertrauens baldmöglichst durchgeführt werde. Die Gestaltung dieser Neuordnung in den Bundesstaaten solle deren verfassungsmäßigen Zuständigkeit vorbehalten bleiben.

Ministerialdirektor Dr. Lewald wies darauf hin, daß die Osterbotschaft nicht auf preußische Verfassungsfragen abzielt, sondern sich weit darüber hinaus auf Fragen erstreckt. In der

Nr. 156. Seite 2. Das Pro... Die Verein... Unterh...

Soziale Rundschau.

Ueber die Vereinheitlichung des Arbeitsnachweises hat der selbst. Komm. General des 14. A. K. eine sofort in Kraft tretende Verordnung erlassen, in welcher bestimmt wird, daß jeder nicht gewerbsmäßig Arbeitsnachweis mit Ausnahme derjenigen für kaufmännische, technische und Büroangestellte sowie Arbeitsgehilfe und offene Stellen, die er nicht selbst sogleich oder voraussichtlich binnen 48 Stunden erledigen kann, an die zuständige Hilfsdienststelle zu melden hat. Die nicht gewerbsmäßig betriebenen Arbeitsnachweise (Stellenvermittlungen) für technische, kaufmännische und Büroangestellte haben solche Stellengehalte und offene Stellen, die sie nicht selbst sogleich oder voraussichtlich binnen einer Woche erledigen können, an die zuständige Zentralauskunftsstelle zu melden.

Der Badische Landesverein der Kaiser Wilhelm-Stiftung für deutsche Invaliden aus dem Kriege 1870/71 hielt vor kurzem in Karlsruhe unter Leitung seines Vorsitzenden des Herrn Geheimen Regierungsrats Dr. Seidenfeld die diesjährige Versammlung seines Landesverbandes ab. Nach dem Rechenschaftsbericht wurden im abgelaufenen Geschäftsjahre 1916/17 751 Invaliden und 657 Hinterbliebene mit einem Gesamtaufwand von 45.400 M. unterstützt. Die Gesamtsumme der Unterstützungen seit Bestehen des Vereins beläuft sich auf 2.484.760 M. Das Vermögen des Landesverbandes betrug am Anfang des Geschäftsjahres 323.598 M., am Schluß desselben 300.543 M. Der Zentralfonds hat sich in diesem Jahre von 77.504 M. auf 69.532 M. gemindert. Von der Herausgabe eines gedruckten Jahresberichts sieht der Verein der Verhältnisse wegen ab. Unterstützungsgehalte sind an die Bezirksvereine zu richten.

Kriegerwitwen im Postdienst. Nach einer Mitteilung des Reichspostamts werden auch Kriegswitwen, die den Annahmehinrichtungen entsprechen, als Post- oder Telegraphengehilfen zur dauernden Verwendung eingestellt. Dabei werden einer Nachsichtstelle zufolge auch in Ausnahmefällen nicht minderlose Witwen angenommen. Ebenso kann darüber hinweggesehen werden, wenn die Altersgrenze von 30 Jahren um ein geringes überschritten ist. Außerdem können Kriegswitwen als Gehilfinnen bei Postämtern 3. Klasse als Markenverkäuferinnen und Postagentinnen dauernde Beschäftigung finden. Namentlich ist die Beschäftigung als Gehilfin bei einem Postamt 3. Klasse für Kriegswitwen geeignet und der Verwaltung erwünscht. Ob es nach dem Kriege angängig sein wird Kriegswitwen noch in anderen, jetzt den männlichen Beamten vorbehaltenen Zweigen des Post- und Telegraphendienstes ohne Benachteiligung der zivilverjüngungsberechtigten Militärpersonen und der Kriegsbeschäftigten dauernd unterzubringen, läßt sich noch nicht übersehen.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 7. Juli.

Ein Abendessen für zwei Personen.

Besonders lehrreich ist zurzeit das Studium der Speisarten der Wirtschaften und Gasthäuser. Nichts kann treffender den völligen Zusammenbruch unserer sogenannten „Ordnung“ zeigen, als die Beweise dafür, wie eine Oberkassiererin in gemeiner Selbstsucht profit, während Millionen Leben und Gesundheit opfern. Wir haben Beweise dafür in Kölden, so schreibt unser Kölner Parteiblatt, daß in Kölner Lokalen, jedoch von einigen hundert Mark für wenige Personen an einem Abend keine Seltenheit sind. (Das trifft nicht nur auf Köln zu.) Nicht nur, daß Sekt und teuer Wein in Strömen fließen, auch Lebensmittel sind, wie die Rechnungen beweisen, in Hülle und Fülle vorhanden. Das Knollengemüse allerdings, das die „naïve“ Kölner Bevölkerung verachtet, finden wir auf keiner der Speisarten verzeichnet. Man glaube nicht, daß dieses Schlemmerleben nur in sogenannten „erflossigen“ Lokalen getrieben wird. Vor uns liegt die Originalrechnung für ein Abendessen von zwei Personen aus einem beliebigen Kaffee-Restaurant, das bei weitem nicht zu den ersten unserer Stadt gehört. Die Rechnung lautet:

2 Schwedenplatten	20 M.
2 Krebsjuppen	4 „
2 Rheinlalm	18 „
2 Rumpsteak	10 „
Zweimal Eis	4 „
2 Kamenbertkäse	5 „

Die Juche für Wein beträgt 15 Mark, der Gesamtbetrag für das Abendessen dieser zwei Personen mithin 76 Mark. Die städtische und staatliche Kriegswitwenunterstützung für eine Witwe mit zwei Kindern beträgt zusammen 56 Mark für den Monat.

Mehl anstelle von Kartoffeln. Infolge der besonders in Norddeutschland wegen Fehlens von Getreide empfindlich bemerkbaren längeren Dürre, hat sich die Getreideernte erheblich verzögert und teilweise auch verschlechtert. Der Reichsamt des Kriegsernährungsamts hat infolgedessen angeordnet, daß für fehlende Kartoffeln Mehl in größerer Menge als bisher zur Verteilung gelangt, so lange, bis die deutsche Frühkartoffelernte in vollem Umfang eingesetzt hat.

Ueber mangelhafte Milchversorgung klagt das städtische Nachsichtamt: Trotz der wiederholten Ermahnungen und Witten sind die Lieferungen an Vollmilch und Butter aus den der Stadt zugehörigen Bezirken leider immer noch sehr ungenügend. In aus einzelnen Gemeinden geradezu lässlich gering. Dies ist umso bedauerlicher, als in der jetzigen Zeit gutes und kräftiges Futter in reichstem Maße vorhanden ist. Im ganzen sind es einschließlich der umliegenden Bezugsorte 14 Bezirke, aus denen der Stadt Karlsruhe die Milch für den täglichen Bedarf zufließen soll. Dabei steht aber einer Pflichtmenge von täglich 46.272 Liter zurzeit eine tägliche Liefermenge von nur 35.000 Liter gegenüber. (Die in der Stadt Karlsruhe selbst genommene Milch ist dabei nicht inbegriffen.) Daß es bei gutem Willen aller Lieferanten leicht möglich wäre, die täglichen Milchlieferungen auf eine Höhe zu bringen, die der vorerwähnten Pflichtmenge einigermaßen entspricht, ist daraus zu ersehen, daß es Bezirke gibt, die ihren Verpflichtungen gegenüber der Stadt nicht nur voll nachkommen, sondern auch noch in mehr als 1000 Litern vorzusehen war. Zu diesen gutliefernden Bezirken gehören Neu-Radt und Billingen und aus der näheren Umgebung der Stadt der Bezirk Eppingen. Im Bezirk Neustadt sind es insbesondere die Gemeinden Böfingen und Schallach, im Bezirk Miltann die Gemeinden Kirchdorf, Klengau,

Reierzell und Weiler, die mit besonders guter Milchlieferung hervorstechen. Von den Gemeinden des Bezirks Eppingen, die alle gut liefern, seien Sulzfeld, Gemmingen, Adelsbosen und Tiefenbach obenan. Leider gibt es neben diesen Gemeinden und Bezirken, die sich durch großes Verständnis für die Milchanforderungen der Stadt auszeichnen, auch eine größere Reihe von solchen Gemeinden, die ihrer Verpflichtung zur Milch- oder Butterlieferung bei weitem nicht nachkommen. So sind in den Bezirken Offenburg, Wolfach und Oberkirch mehrere Gemeinden, die sowohl in Bezug auf Milch- wie auf Butterlieferung sehr zu wünschen übrig lassen. Da ist z. B. eine Gemeinde, die von der täglichen Milchmenge von 845 Litern, die sie liefern sollte und nach ihrem Viehbestand auch liefern könnte, nur 70 Liter Milch täglich für die Stadt aufbringt, andere anstatt 350 nur 58, bezw. statt 950 nur 206 usw. Wieder andere begnügen sich mit einem Drittel oder der Hälfte der abzuführenden Pflichtmengen. Daß es auch in einzelnen schlecht liefernden Bezirken erfreulicherweise Landwirte gibt, die ihr volles Pflichtenmaß abliefern, soll nicht unerwähnt bleiben.

Aufhebung von Haltestellen der Straßenbahn. Im Interesse der dringenden notwendigen Kohlenersparnis hat der Stadtrat beschlossen, mit Wirkung vom 14. Juli an bis auf weiteres folgende Einbahnlinien einzustellen: die Haltestellen „Burgstraße“, „Rudolfstraße“ (in der Karl Wilhelmstraße), „Durlacher Straße“, „Adler“, „Ritter“, „Wald“, „Leopold“, „Scheffel“, „Nellen- und Lamestraße“, „Gonia“, „Hirschstraße“, „Bismarckstraße“ und die zwischen Wäldchen und Stöckstraße. An der Amalienstraße soll nur an Markttagen, solange der Markt dauert, gehalten werden. Zusammengelegt werden: in Karlsruhe die Haltestellen Bernhardsstraße und Georg-Friedrichstraße in eine Haltestelle „Rudolfstraße“; in Durlach die Haltestellen „Post“ und „Kellerstraße“ in eine Haltestelle „Schloßstraße“, „Wasserwerk“ und „Schillerstraße“ in „Scheffelstraße“, „Weingartenstraße“ und „Wirtschaft zur Blume“ in „Hengst-Kloß“. Nach den Feststellungen des Rahmams haben infolge des Wegfalls dieser Haltestellen die Wagen täglich etwa 12.000 Mal weniger zu halten, wodurch elektrische Energie und dadurch täglich rund 5000 Kilogramm Kohlen — 1100 Tonnen im Jahre — gespart werden, die für dringendere Zwecke, insbesondere zur Berechtigung des notwendigen Hausbrandes für die Familien während des kommenden Winters, Verwendung finden können. Trotz dieser Einschränkung wird Karlsruhe immer noch durchschnittlich geringere Haltestellenentfernungen haben, als die anderen deutschen Städte ungefähr gleicher Größe.

Zurufbesetzung. Wie der „Staatsanzeiger“ meldet, tritt der Professor für praktische Geometrie und höhere Geodäsie an der Techn. Hochschule Karlsruhe, Geh. Hofrat Dr. Mathias Gaid, in den Ruhestand. Er stammt aus Speier und lebt in 64 Lebensjahre. Seit 1882 gehörte er der Techn. Hochschule hier an und war auch außerordentliches Mitglied der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaus.

Für die Kriegswitwenunterstützung des Bad. Landesverbandes vom roten Kreuz sind weitere Gaben eingegangen: Großherzogin Luise 10.000 M., Großherzogin Hilde 5000 M., Königin von Schweden 2000 M.

Der Tiergarten, der einen wesentlichen Teil unseres Stadtparkes bildet, hat in den letzten Tagen eine wertvolle Bereicherung erfahren durch die Ankunft eines Wapiti-Girfches (Cervus canadensis Briss). Diese größte Art aller lebenden Hirsche hat ihre Heimat in Nordamerika und wird von den dortigen Bewohnern „Elk“ genannt. Im Gegensatz zu vielen anderen Tieren, deren Ernährung während des Krieges mit großen Schwierigkeiten verbunden ist, läßt sich der Wapiti auch unter den gegenwärtigen Verhältnissen gut in der Gefangenschaft halten.

Unfall. Gestern vormittag wurde ein 48 Jahre alter Postausbesorger von Nipringen beim Postpaß am hiesigen Hauptbahnhof beim Ueberqueren der Bahnlinie von einer Lokomotive erfasst, zu Boden geworfen und am rechten Fuß schwer verletzt. Er wurde mittels Sanitätsautos nach dem neuen St. Augustin-Krankenhaus verbracht.

Konzert im Stadtpark. Morgen nachmittag von 4—7½ Uhr finden bei schönem Wetter im Stadtpark, Volkstümliche Musikaufführungen der Kapelle des Ersatz-Bataillons Landw.-Inf.-Regt. 109 statt. Bei ungenügender Bitterung fällt das Konzert aus. Näheres im Angeigentel.

Sport. Morgen nachmittag 4 Uhr treffen sich auf dem Weierheimer Sportplatz am Weierwald die 1. Mannschaften des F.C. Forstheim und des Weierheimer F.V. Vorher spielen Weierheim II gegen F.C. Ettlingen I.

Spielplan des Hoftheaters Karlsruhe.

(Angegeben ist der Preis für Sperrst. 1. Abt.)

Samstag, 7. Juli.	„Schwarzwaldmädel“.	7 bis 10 (4 M.).
Sonntag, 8. Juli.	„Sigar Smoking“.	7 bis 10 (4,50 M.).
Montag, 9. Juli.	„Festkonzert“.	7 bis 10 (8 M.).

Im Stadt-Konzertsaal.

Samstag, 7., und Sonntag, 8. Juli.	Wiederholungen von „Der Soldat der Marie“.	Samstag Anf. 8., Sonntag Anf. 7 Uhr.
Montag, 9. Juli.	„Das Dreinährchen“.	8—11 Uhr.
Mittwoch, 11. Juli.	Zum erstenmal: „Unter der blühenden Linde“.	8—11 Uhr.
Freitag, 13., und Samstag, 14. Juli.	Wiederholungen von „Unter der blühenden Linde“.	
Samstag, 14., und Sonntag, 15. Juli.	„Wiener Blut“.	

In Baden-Baden.

Donnerstag, 12. Juli.	„Unter der blühenden Linde“.	8—11 Uhr.
-----------------------	------------------------------	-----------

Neues vom Tage.

Von der Patrouille erschossen.

Singen (Gohentiviel). 6. Juli. Aus Schaffhausen wird berichtet: Als der Geschäftsführer Grünweg-Fräntzel aus Schaffhausen im Kraftwagen vom Bahnhof Stadelhofen über Winterthur Richtung Schaffhausen fuhr, wurde das Auto in der Nähe Dachsen von einer Patrouille des Schweizer Grenzschutzes angehalten. Da der Führer des Kraftwagens nicht hielt, schossen die Schweizer Soldaten sofort, wodurch der Führer und der Inhaber getötet wurden.

Rechenmühle.

Genug, 2. Juli. Auf der Juche Reddinghausen I ereignete sich vergangene Nacht gegen 1 Uhr eine Sprengstoffexplosion. Mehrere Bezirke wurden getötet und einige schwer verletzt. Die Rettungsbereitschaft fand durch die Sprengstoffgase sehr erschwert worden.

Rechte Nachrichten.

Neue U-Boot-Erfolge.

Berlin, 6. Juli. (W.D. Anst.) Neue U-Boote-Erfolge vor und im englischen Kanal und in der Nordsee:

6 Dampfer, 4 Segler, 11 Fahrzeuge. Darunter befanden sich die bewaffneten englischen Dampfer „Siron Monarch“ (4828 B.M.T.) mit 7000 T. Weizen von Karadi nach London, „Glan Davidson“ (6486 T.) mit Stückgut von Edinburgh nach London, der italienische Dampfer „Scheria“ (2727 T.) mit Kohlen von Cardiff nach Genua, ein tiefbeladener mitgeladener Dampfer, der aus einem Geleitzug herausgehoben wurde. Die Ladungen der übrigen versenkten Fahrzeuge bestanden, soweit sie festgestellt werden konnten, aus Lebensmitteln, Del, Kohlen und Grubenholz.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Eine Note Argentiniens an Deutschland.

W.D. Berlin, 7. Juli. Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus Rotterdam: Nach einer Meldung aus Buenos Aires hat die argentinische Regierung an Deutschland eine Note gerichtet, worin sie Entschädigung für den durch Verletzung zweier argentinischer Schiffe angerichteten Schaden fordert und das Versprechen, keine argentinischen Schiffe mehr zu versenken. (Eine Befätigung dieser Nachricht liegt indessen noch nicht vor.)

Österreichisches.

W.D. Wien, 7. Juli. Am späten Nachmittag berief der Ministerpräsident die Parteiführer einzeln zu sich. Es verhandelt es handelte sich um Feststellung des Arbeitsprogramms für den Rest der Session, doch schließt man aus der außerordentlichen Form solcher Besprechungen, daß es sich um etwas wichtigeres handelte. In den Wandelungen der Kammer vermutet man, daß die Besprechung mit der Bildung eines endgültigen Kabinetts zusammenhänge. Andererseits wird vermutet, daß das Projekt der Schaffung eines Staatsrates besprochen wurde, der aus Parlamentariern und Ministern der Wissenschaft bestehen und als besonderes Organ zur Lösung der Nationalitätenfrage dienen sollte.

Die dritte Zimmerwalder Konferenz.

Stockholm, 6. Juli. Nach einer Zeitungsmeldung hat am 5. Juli die erste vorbereitende Sitzung der Zimmerwalder Bewegung, an der die russische sozialistische Partei, die deutsche unabhängige sozialistische Partei, die bulgarische Arbeiterpartei, die sozialistischen Parteien von Finnland, Polen, Litauen und Amerika und der sozialistische Jugendbund von Norwegen und Schweden teilnahmen, beschlossen, die dritte Zimmerwalder Konferenz einige Tage vor der internationalen Konferenz des russischen Arbeiter- und Soldatenrates abzuhalten oder sie, falls Letztere nicht zustande kommen sollte, baldmöglichst einzuberufen.

Die Stockholmer Konferenz.

W.D. Berlin, 7. Juli. Ueber die Vorkonferenzen in Stockholm und Besprechungen Adlers und Müllers mit den Vertretern des russischen Arbeiter- und Soldatenrates werden „Vorwärts“ berichtet. — Laut „Berliner Tageblatt“ führen gestern Troelska und Norda aus dem neuen aus dem Haag nach Stockholm, um für die Konferenz tätig zu sein.

Amerikanische Hilfe.

Washington, 6. Juli. (Reuter.) Die Vereinigten Staaten haben neuerdings Großbritannien 100 Millionen und Italien 60 Millionen Dollars geliehen.

Der Weizenvorrat Amerikas.

Amsterdam, 6. Juli. Nach einem amerikanischen Marktbericht in der „Times“ betrug der Weizenvorrat in Amerika am 6. Juni d. J. 67.648.000 Bushels gegen 112.172.000 Bushels in der gleichen Woche des Vorjahres. Die Weizenräte östlich der Rocky Mountains betragen 4.886.000 Bushels gegen 16.968.000 Bushels.

Briefkasten der Redaktion.

W. S. in Pöbel. Nach der Volkszählung 1910 stellt sich die Einwohnerzahl der sechs größten deutschen Städte wie folgt: Berlin 2.071.257, Hamburg 931.035, München 698.467, Leipzig 589.850, Dresden 548.908, Köln 516.527.

Wasserstand des Rheins.

7. Juli.
Schäufelinsel 2,77 m, gef. 21 cm, Neßl 3,68 m, gef. 16 cm, Marau 5,41 m, gef. 17 cm, Mannheim 4,47 m, gef. 6 cm.

Verantwortlich für Politik, Kriegsnachrichten und Rechtsfragen: Wilhelm Koll; für den übrigen Inhalt: Hermann Koll; für den Inserate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Arbeiter-Turnerbund. Sonntag, den 8. Juli, nachmittags 2 Uhr, Fußballspiele in Karlsruhe.
Weingarten. (Sozialdem. Verein.) Sonntag, den 8. Juli, nachmittags 4 Uhr, Mitgliederversammlung im „Lohn“.

Hindenburg



fürs Feld im

Odeon-Musikhaus Karlsruhe

Kaiserstrasse 175, Telefon 339.

Lebensmittel-Verteilung

in der
Woche vom 9. Juli bis 15. Juli 1917.

- I. 1) **Maggi-Suppen** Kopfmenge 1 Würfel, Preis für 1 Würfel 10 Pfg. gegen Abgabe der Lebensmittelmarke D Nr. 63.
 - 2) **Teigwaren** (Wasserware) Kopfmenge 1/5 Pfund, Preis 11 Pfg. für 1/5 Pfund gegen Lebensmittelmarke E Nr. 63.
 - 3) **Marmelade** (Kriegsmus) Kopfmenge 1 Pfd., Preis 60 Pfg. für das Pfd. gegen Lebensmittelmarke F Nr. 63.
 - 4) **Eier** Kopfmenge 1 Ei, gegen Eiermarke B Nr. 63.
 - 5) **Fett** laut besonderer Bekanntmachung.
 - 6) **Kartoffelersatz**
 - a. **Kochfertige Suppen:** Kopfmenge 200 Gramm, Preis 30 Pfg. für 200 Gramm, gegen die Kartoffelmarke B Nr. 63 ohne Anhang.
 - b. **Graupen:** Kopfmenge 150 Gramm, Preis 9 Pfg. für 150 Gramm, gegen den Anhang der Kartoffelmarke B Nr. 63.
 - 7) **Kindernährmittel** Kopfmenge 1/2 Pfund auf Bestellung laut unserer Bekanntmachung vom 20. April 1917. (Preis Mk. 1.— für 1/2 Pfund.)
 - 8) **Fleisch** Kopfmenge 1/2 Pfund gegen Reichsfleischmarken.
- Fleisch-Sonderzulage** gegen Sonderfleischmarke Nr. 1, die hiermit noch aufgerufen wird.

II. Die Verteilung der Waren erfolgt ab Dienstag den 10. Juli. Den Geschäften bleibt vorbehalten, die Abgabe der einzelnen Artikel auf die verschiedenen Tage zu verteilen.

III. Einlösungsstellen für Militär, Krankenzusatz- und Besuchskarten für die unter Ziffer 1 bis 6 aufgeführten Lebensmittel: die städtischen Verkaufsstellen Kriegstrasse 80 und Douglasstrasse 24, sowie die Filiale der Firma Pfannkuch & Co., Rheinstrasse 25, für Fett ferner noch bei Karl Dietsche, zur Butterblume, Amalienstr. 29.

IV. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass jedes Geschäft genügend Ware zugewiesen erhält, um alle eingeschriebenen Kunden zu befriedigen. Ein Andrang in den ersten Verteilungstagen ist deshalb vollständig unnötig.

V. Frist für Abrechnung und Ablieferung der Marken: Dienstag den 17. Juli 1917.

Restbestände bleiben zu unserer Verfügung.

VI. Für die Woche vom 16. bis 22. Juli sind zur Verteilung vorgesehen: Kochfertige Suppen 125 Gramm, Teigwaren 100 Gramm, 1 Maggiwürfel, Rübensaft, Marmelade, Eier, Fett, Zucker, Kindernährmittel und eine Sonderzulage von 220 Gramm Mehl oder 300 Gramm Brot als Kartoffelersatz.

Karlsruhe, den 6. Juli 1917. 298

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Festordnung

zur Feier des
60. Geburtstages Seiner Königl. Hoheit des Großherzogs
Montag, den 9. Juli 1917.

Sonntag, den 8. Juli (Vortag):
Mittags 8 bis 11 Uhr: Festgottesdienste in den Kirchen der Stadt.
Abends 8 1/2 Uhr: Zapfenstreich der Garnison auf dem Schloßplatz.

Montag, den 9. Juli (Feiertag):
Festliche Beflaggung der Stadt.

Morgens 7 1/2 Uhr: Festgelaute.

Mittags 12 Uhr: Paroleausgabe der Garnison auf dem Schloßplatz. Musikaufführungen der Militärkapellen auf dem Kaiser-Platz, Marktplatz und Schloßplatz.

Nachmittags 5 Uhr: Musik- und Gesangsaufführungen im Stadtpark unter Mitwirkung der Schülerkapelle und eines Mädchen- und Knabenchores der Töchter- und Bürgerschule (nur bei günstiger Witterung).

Abends 7 1/2 Uhr: Festkonzert im Großherzoglichen Hoftheater.
Karlsruhe, den 5. Juli 1917. 295

Stadtrat.

Wir suchen für sofort
20 Aushilfskellnerinnen, Spülfrauen u. Küchenmädchen
Städt. Arbeitsamt
Karlsruhe.
Zähringerstraße 100, 1. St.
Abteilg. für Hotels u. Wirtschaftsbetriebe. Fernruf 629.

Parteiliteratur
empfehlen
Volksfreund
42 Zähringerstraße 24.

Städt. Konzerthaus
Samstag den 7. Juli
Der Soldat der Marie.
Anfang 8 Uhr. 293

Sonntag den 8. Juli
Der Soldat der Marie.
Anfang 7 Uhr.

Möbel

Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
Wohnzimmer
Küchen
Einzelmöbel

in allen Holz- und Stilarten

Kostenlose Aufbewahrung b. nach d. Kriege.
Auf Wunsch Zahlungs-Erleichterung.

J. Ittmann Nachf.
Karl-Friedrichstr. 24
Rondellplatz.

J. I.

Städt. Badanstalt (Vierordtbad) Karlsruhe.
Medizinische Bäder.
Fichtennadel-Salz (Rappenauner oder Stassfurter).
Mutterlauge u. Schwefel (Thiopinol-Bäder).
Badezeit für Herren und Damen: 7-1 Uhr vorm. und 3-8 1/2 Uhr nachm.
Samstags bis 9 1/2 Uhr.
Sonntags 7-12 Uhr.
Mittags 1 bis 3 Uhr geschlossen. 224

5-6 Zimmerleute
auf Militärbauten sofort gesucht.
Zu melden bei
Jos. Held,
Eibendstraße 24.

Zuarbeiterinnen u. Lehrmädchen
für Damenschneiderei gesucht.
L. Fittler 284
Rheinstr. 25 p., Eing. Ruitersstr.

Gesucht. Arbeiterinnen
werden fortwährend angenommen in der
Lumpen-Sortieranstalt S. Rachmann
Durlach, Pfingstraße 28.

Ein Stamm gelbe Itallener 1.6, hat wegen Aufgabe der Zucht billig zu verkaufen. Es sind fleißig legende Hühner von 1916.
Zu erfragen Gerwigstr. 56, Hinterhaus.

Residenz-Theater, Waldstrasse.



Homunculus

4. Teil.
Die Rache des Homunculus
4 Akte.
Olaf Fönss
Friedrich Kühne **Theodor Loos**
in den Hauptrollen.

Camilla, die Strandfee
Eine reizende Liebesgeschichte in 3 Akten, verfasst und inszeniert von **William Karfiol**, gespielt von Frau **Josefine Dora**, Herrn **Paul Westermeyer**. 290

Geschäfts-Empfehlung.

Teile dem geehrten Publikum von Karlsruhe und Umgebung hierdurch ergebenst mit, dass ich die Wirtschaft

„zur Götterdämmerung“

Kaiser-Passage, vom 1. Juli ab übernommen habe. 292

Für Küche, gute Weine und Biere ist bestens gesorgt.

Achtungsvoll
Fr. M. Horn,
früher Eßlingen „Deutsches Haus“.

Tüchtige Schlosser Dreher und Werkzeugmacher
für unsere Abteilung Sägegatter und Schurzholzkreisagen sofort gesucht. 1896

Gebrüder Lincé
Maschinenfabrik und Eisengießerei
Oberkirch (Baden).

Frauen und Mädchen
für leichte Arbeit bei der städt. Dörranlage für sofort gesucht. 275

Städt. Arbeitsamt
Karlsruhe, Zähringerstr. 100 III.

Wir suchen tüchtige
Former und Hilfsarbeiter
für unsere Eisengießerei und
Former
für unsere Gelbgießerei. 1898

Gebrüder Lincé
Maschinenfabrik und Eisengießerei
Oberkirch (Baden).

Gesucht werden:
Schneiderinnen für Militärarbeit
(Ausweisbuch für Heeresnäharbeiten mitbringen).

Städt. Arbeitsamt
Karlsruhe, Zähringerstr. 100 III

Unser Landesfürst Grossherzog Friedrich II.

beschließt am 9. Juli, im 36. Monat des Völkerringens, sein 60. Lebensjahr. Das badische Volk nimmt von ganzem Herzen teil an dieser Geburtstagsfeier. Auf Vorschlag des Bad. Landesvereins vom Roten Kreuz hat Seine Königliche Hoheit zu genehmigen geruht, daß aus diesem Anlaß zur Linderung der Not des Krieges im ganzen Lande gesammelt und die Spenden ihm zur Förderung der Bestrebungen des Badischen Landesvereins vom Roten Kreuz dargebracht werden. Wer möchte da sich nicht beteiligen an dieser

Grossherzogs-Geburtstags-Spende!

Wer möchte nicht auch seine Gabe darbringen, seinem Fürsten eine Freude zu bereiten und zugleich Krankheit und Not in vielerlei Gestalt lindern zu helfen!
Vom 2. bis 9. Juli liegen in allen bekanntgegebenen Sammelstellen Sammellisten auf.

Opfertage:

Sonntag, 8. Juli, Montag, 9. Juli.

- Der Ehrenvorsitzende des Badischen Landesvereins vom Roten Kreuz:
Prinz Max von Baden.
- Der Territorialbelegierte der Freiwilligen Krankenpflege für das Großherzogtum Baden:
Freiherr von Bodman.
- Der Stellvertretende Kommandierende General des XIV. Armeekorps:
Generalleutnant Jöbert.
- Für das Erzbischöfliche Ordinariat:
Dr. Thomas Hörber, Erzbischof.
- Für den Evangelischen Oberkirchenrat:
Präsident Dr. Hibel.
- Für den Oberrat der Israeliten:
Dr. Mayer, Geh. Oberregierungsrat.
- Der Vorsitzende des Badischen Landesvereins vom Roten Kreuz:
General Limberger.
- Der Vorsitzende der Depotabteilung des Badischen Landesvereins vom Roten Kreuz:
Vielefeld, I. u. I. österr.-ungar. Konjul.
- Der Generalsekretär des Badischen Frauenvereins:
Müller, Geheimrat.

Frachtbriefe

in sauberer Ausführung liefert Buchdruckerei „Volkstreund“.

P. T. Palast-Theater P. T.
Karlsruhe Tel. 2502 Herrenstr. 11

Von Samstag, 7. Juli bis einschl. Dienstag, 10. Juli.

Die Tragödie der Menschen Glaubenskettchen

in 6 Akten.

Verfasser und Spielleiter: **Rudolf Meinert.**

Hauptdarsteller: **Bernd Aldor.**

Bernd Aldor.

Million 72 1/2 Mk.

werden in der 10. Preuß.-Südb. Klassen-Lotterie ausgespielt. I. Ziehung ist am 10./11. Juli.

Loose hierzu kosten:
1/8 1/4 1/2 1 Teil

5 10 20 40 Mk.
für alle 5 Klassen zusammen 25, 50, 100, 200 Mk.

Haupttreffer kommen heraus weit bis 800 000 Mk., dann 500 000, 300 000, 200 000, 100 000, 75 000, 60 000 Mark usw.

Ludwig Göz,

Großh. Badischer Lotterien-einnehmer,
Sebelstraße 11, Karlsruhe, beim Rathaus. 282

Jeder darf radfahren

mit meinen erlaubnisfreien Spiralfeder-Keisen 7.75, Holzreifen 5.50, Caureifen (Celulose) 9.75, Caureifen, Ia. Haus, 12.50, Original-Standardreifen 12.00, alles per Stück

Umtausch gestattet, also kein Risiko. Viele Tausende geliefert. Paßt auf jede Felge. Kann jeder aufziehen. Unter Garantie passend und haltbar. **Wiederverkäufer Rabatt.**

Schlau, Metallwarenfabrik Berlin 225a, Weinmeisterstraße 4. 1898

Dörrapparate für Herd und Gas, Preis mit 5 Dörrherden 18 Mk.

Entzahnungsapparate mit Kühlung, ohne Bezugsschein.

S. Jähner, Bruchsal Reutorstraße 1.

Stadtgarten Karlsruhe.

Bei schönem Wetter
Sonntag, den 8. Juli, nachmittags von 4-7 1/2 Uhr.

Volkstüml. Musikaufführungen

ausgeführt von der Kapelle des Ersatz-Bataillons, Landw.-Inf.-Reg. 109.

Musikleiter: Herr Köninger.
Eintrittspreise für den Stadt- und Tiergarten:
Inhaber von Stadtgarten-Jahreskarten und von Kartenheften sowie Soldaten vom Feldwebel abwärts . . . 30 Pf.
Sonstige Personen . . . 60 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
Vortrags-Ordnung 10 Pfennig.

Die Eintrittskarten berechtigen nur zum einmaligen Eintritt.
Bei ungünstiger Witterung fällt das Konzert aus.

Stadtgarten-Karlsruhe.

Zur Feier des 60. Geburtstages S. M. H. des Großherzogs Friedrich II.

Montag, den 9. Juli 1917, nachmittags von 5 Uhr ab

Musik- u. Gesangs-Aufführungen

Musik: Städtische Schüler-Kapelle unter Leitung des Herrn Hauptlehrers Karl Wölflle.
Gesang: Der Mädchen- und Knabenchor der Töchter- und Bürgerschule unter Leitung des Herrn Oberlehrers Heinrich Lechner.

Der Reinertrag ist für die Großherzogs-Geburtstags-Spende bestimmt.

Eintrittspreise für den Stadt- und Tiergarten:
Inhaber von Stadtgarten-Jahreskarten und von Kartenheften sowie Soldaten vom Feldwebel abwärts . . . 30 Pf.
Sonstige Personen . . . 60 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
Vortrags-Ordnung 10 Pf.

Die Eintrittskarten berechtigen nur zum einmaligen Eintritt.
Bei ungünstiger Witterung fällt die Veranstaltung aus.

S. Krämer

Möbel- und Bettenhaus
Karlsruhe
Kaiserstr. 30 Kaiserstr. 30.

Noch grosses Lager in hell eichenen Schlafzimmern, Wohnzimmern, Küchen und einzelnen Möbeln zu mässigen Preisen.

Die für spätere Abnahme gekauften Möbel werden kostenlos aufbewahrt.

Eigene Polster-Werkstätte.

Für unsere Dreherei mehrere **kräftige Frauen u. Mädchen** gesucht.

Gebrüder Eisele
Maschinenfabrik und Eisengießerei
Oberkirch (Baden).

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geschichtungen. Rudolf Rehnagel von hier, Hauptmann bei Alexander Wilhelms von Emmendingen. Ernst Reichert von hier, Pächter hier, mit Karoline Schad von München.

Geburten. Friedrich Werner, B. Otto Deschle, Standesbeamter, Naturwissenschaft. Hans Herbert, B. Friedrich Blant, Standesbeamter, Naturwissenschaft. Emma, B. Friedrich Reiser, Standesbeamter, Naturwissenschaft. Karl Heinrich, B. Karl Schlageter, Bez.-Gemeinderat. Verlobt: Julius, B. Julius Blunt, Kaufmann, Kurt, B. Clemens Reiser, Standesbeamter. Erich, B. Johann Gg. Dietrich, Schneidermeister, Werkführer. Erich, B. Anton Holz, Kreisfeldwart. Verlobt: Hildegard Marie, B. Anton Holz, Kreisfeldwart. Verlobt: Lina, B. Julius Konitzer, Metzger. Waltraut Paula, B. August Lang, Geiger. Helene, B. Otto Kurz, Stadttagelöhner. Verlobt: Emil, B. Emil Grimm, Mechaniker.

Todesfälle. Maria, 2 J. alt, B. Karl Sommerhalter, Arbeiter. Adam Schmidt, Schlachthausaufseher, Wilher, 71 J.



Regungspreis: 20 Pf. 1. Jahrg. 2. Jahrg. 1.04. 1.04.

Auf Grund vorstand dem Sonntag nach dem Guttenhof.

Als vorläufige 1. Verich a) Allge b) Kasse

2. Verich richterliche 3. Verich richterliche 4. Die nä richterliche 5. Anträ 6. Wahl trolff dem d joll.

Parteienoffi für den Parteien und die bewirken. ationen n Beside des Bestimmu und in der geb rden sollen. en können nic Die Fortia ringend erfind emöhlten eilunganga men die Forti.

Begen Wol ußerdem beim Friß Er

Die Mandat

Berlin, den

Die E

Bücher! C

deutschen Erbe

ein demor

normalen kapit

in Not ge

für geliche

keiten der un

Wunderpara

er tat, dann

man.

Und heute?

reit vplanat

uns auch f

kommen, der

bleibt. Und

sch die tausend

mas nischen, u

Wahrheit nic

Wahrheit nic

Wahrheit nic

Wahrheit nic

Wahrheit nic

Wahrheit nic

Wahrheit nic

Wahrheit nic

Wahrheit nic

Wahrheit nic

Wahrheit nic

Wahrheit nic

Wahrheit nic